

Das Klybeckareal ist heiss begehrt

BASF erstellt bereits eine umfassende Verkaufsdokumentation

Von Kurt Tschan

Basel. Das 120 000 Quadratmeter grosse Klybeckareal wird nach dem Verschwinden von BASF nicht zur Industriebranche. Der grösste Chemiekonzern der Welt bestätigt gegenüber der BaZ, dass sich bereits mehrere Interessenten gemeldet haben. «Aktuell werden die Liegenschaftsdaten und weitere Informationen für mögliche Kaufinteressenten zusammengestellt», bestätigt BASF-Sprecherin Cinthia Lang. Für Verhandlungen sei es aber aufgrund des aktuellen Projektstandes noch zu früh.

Zu den ernsthaften Interessenten gehört auch der Kanton Basel-Stadt. Er hat unterdessen mit BASF eine Geheimhaltungsvereinbarung unterzeichnet. Dies bestätigt Regierungspräsident Guy Morin in der Beantwortung zweier Interpellationen von Andreas Zappalà (FDP) und Daniel Jensen (SP), die morgen oder übermorgen im Basler Grossen Rat behandelt werden. Natürlich stehe der Kanton mit der BASF auch im Gespräch, schreibt Morin. Der Verhandlungsposition sei es allerdings nicht dienlich, wenn Einzelheiten dazu öffentlich kommuniziert würden. Aus diesem Grund habe er – wie bei solchen Geschäften üblich – diese Geheimhaltungsvereinbarung unterschrieben.

Nach Ansicht des Regierungsrates steht für das Klybeckareal eine industrielle Nutzung im Vordergrund. Die Exekutive ist aber der Auffassung, dass es sinnvoll ist, «die Potenziale des Areals im weiteren Verlauf – auch im Zusammenhang mit den angrenzenden Entwicklungen (Hafen) – genauer zu prüfen». Insbesondere zur besseren Anbindung des Horburgquartiers an den Rhein wäre eine Öffnung sinnvoll. «Inwiefern solche Potenziale schlussendlich realisiert werden können, bedarf vertiefter Betrachtungen», hält Morin fest.

Gerade das Gebiet im Hafbereich birgt nämlich Optionen für neue



Optionen für neue Arbeitsplätze. Das Klybeckareal und seine Umgebung sollen der Stadt Basel interessante Entwicklungsperspektiven bieten. Foto Erich Meyer

Arbeitsplätze. Kleinere Flächen wie das Grundstück an der Neudorfstrasse (ehemals Villa Rosenau) eignen sich dagegen für gewerbliche Vorhaben.

Eine Milliarde Euro Umsatz

Eine neue Nutzung könnte wohl aber kaum von heute auf morgen erzielt werden. Der Regierungsrat bestätigt, dass der grösste Teil des Landes als Areal in Bearbeitung mit Überwachungsbedarf eingestuft ist. Dies bedeutet nichts anderes, als dass dieser Teil noch nicht abschliessend klassifiziert ist. Das Gleiche gilt auch für Gebäude für den Fall, dass diese abgerissen werden sollen. Über die Höhe der Kosten zur Altlastenentsorgung könne deshalb noch nichts gesagt werden, schreibt Morin. Relativ bedeckt gibt sich der Regierungsrat auch bei der Frage, was mit vier Parzellen von Novartis in diesem Bereich geplant ist. Keine Aussagen macht die Exekutive auch zum Land von Hunts-

man, wo ein einschneidendes Restrukturierungsprogramm mit der Aufgabe von Land verbunden ist.

BASF will trotz dem Wegzug aus dem Klybeckareal nichts von einer schleichenden Abwanderung aus Basel wissen. «Für die BASF-Gruppe ist die Schweiz ein wichtiger Markt», sagt Lang. BASF verkaufe hier Produkte aus dem ganzen Portfolio und habe mit Kunden in der Schweiz 2012 einen Umsatz von rund einer Milliarde Euro erwirtschaftet. Ende 2012 habe das Unternehmen in der Schweiz 2600 Personen beschäftigt, 875 davon in Basel. Der Standort Basel werde lediglich verkleinert und so an die geänderten Marktbedürfnisse bei Kunststoffadditiven und Pigmenten in Europa angepasst. Optimierungen gibt es gemäss Lang auch bei den gemieteten Büro- und Laborflächen für die Forschung im Rosental. Weniger Fläche führte zu günstigeren Nutzungskosten, sagt sie.

Das Konsultationsverfahren steht kurz vor dem Abschluss

BASF will die Zahl der Kündigungen minimieren

Von Kurt Tschan

Basel. Weil der weltgrösste Chemiekonzern BASF sein Spezialchemiegeschäft Performance Products schlanker macht, streicht er am Standort Basel bis zu 350 Stellen. Rund zwei Monate nach der Ankündigung dieser Restrukturierungsmassnahme ist noch immer nicht klar, wie viele Mitarbeitende letztlich den blauen Brief erhalten werden. Die Gespräche zwischen Unternehmen und Beschäftigten waren erst Mitte des vergangenen Monats aufgenommen worden. «Gegenwärtig nähert sich das Konsultationsverfahren seinem Ende», bestätigt Brigitte Meyer, Sprecherin des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt in Basel. Auf eine exakte Zahl wollen sich auch die Gewerkschaften und Personalvertreter nicht festlegen lassen. Man konzentriere sich auf die Bemühungen, wie Entlassungen verhindert werden könnten, heisst es. Um kein unnötiges Öl ins Feuer zu giessen, will sich gegenwärtig auch niemand öffentlich äussern. In einem solchen Fall bestünde nämlich die Gefahr, dass mehr Schaden als Nutzen entstehe.

Phase zwei, wo die Personalvertreter die Vertragspartner an den Tisch bringen können, ist noch nicht gezündet. Dies gibt Hoffnung auf eine direkte Lösung. Es könnte aber auch bedeuten, dass die direkten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern schwieriger als erwartet verlaufen. Ultimaten der Arbeitnehmerseite liegen nach BaZ-Informationen bis jetzt nicht vor. «Wir wollen nicht das Kind mit dem Bad ausschütten», heisst es. Wie immer in solch schwierigen Situationen sei die

Stimmung in der Belegschaft schlecht, heisst es. Sie sei von Unsicherheit und Angst geprägt.

Diese werde durch schlechte Nachrichten aus dem Wallis noch verstärkt. Anfang Juni sei am Standort Monthey Kurzarbeit angeordnet worden. Im Wallis produziert die BASF Schweiz AG Pigmente für die Automobilindustrie und optische Aufheller für Waschmittel und zur Papierherstellung. Noch offen ist, ob die Massnahme tatsächlich nur für einen Monat gilt oder verlängert werden muss.

Weniger Lohn, Stelle im Ausland

BASF selbst betont gegenüber der BaZ, man strebe in Basel «sozial verantwortliche und realistische Lösungen für die betroffenen Mitarbeitenden» an. BASF-Pressesprecherin Cinthia Lang sagt, dass «ein Schwerpunkt auf Massnahmen gelegt wird, die Beschäftigung zu erhalten». Die Zahl der Kündigungen soll minimiert werden. «Dazu werden wir Möglichkeiten wie Versetzungen innerhalb der BASF und Newplacement in den externen Arbeitsmarkt nutzen», betont Lang. In der Praxis bedeutet dies, dass ein Basler Mitarbeiter seine bisherige Stelle in Ludwigshafen neu angeboten erhält. Dies hat für den Betroffenen aber nicht nur einen Ortswechsel ins Ausland zur Folge. Er erhält auch einen deutschen Vertrag, der schlechter dotiert ist als sein bisheriger in der Schweiz.

Wichtig ist BASF auch das Thema Frühpensionierungen. Dieses Modell soll so weit als möglich angewendet werden, betont Lang. Letztlich seien aber auch betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen.